

Dienststelle Gesundheit und Sport

Meyerstrasse 20
Postfach 3439
6002 Luzern
Telefon +41 41 228 60 90
gesundheit@lu.ch
www.gesundheit.lu.ch

Persönliche Übergabe durch Polizei

Dr. med. Andreas Heisler
Rentalpraxis
Bahnhofstrasse 2
6030 Ebikon

Luzern, 25. Februar 2021

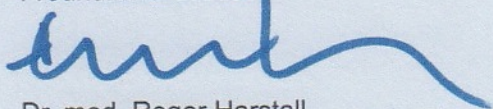
**Einladung zur Stellungnahme / vorsorglicher Entzug der Bewilligung
(Entscheid vom 10. Februar 2021)**

Sehr geehrter Herr Heisler

Die Dienststelle Gesundheit und Sport hat Ihnen mit Einschreiben vom 10. Februar 2021 mitgeteilt, dass gegen Sie ein aufsichtsrechtliches Verfahren wegen des Verdachts der mehrfachen und schwerwiegenden Verletzung von Berufspflichten und des Verlusts der beruflichen Vertrauenswürdigkeit eröffnet wurde. Gleichzeitig wurden Sie zur Auflage bestimmter Akten aufgefordert, und Ihnen wurde die Gelegenheit zu einer Stellungnahme (rechtliches Gehör) eingeräumt. Schliesslich wurde Ihnen im Sinne einer vorsorglichen Massnahme für die Dauer des aufsichtsrechtlichen Verfahrens Ihre Berufsausübungsbewilligung als Arzt mit sofortiger Wirkung entzogen. Es ist Ihnen damit aktuell nicht mehr gestattet, im Kanton Luzern als Arzt tätig zu sein (vgl. Beilage).

Am 22. Februar 2021 wurde uns dieses Schreiben von der Post wieder retourniert, da Sie es innerhalb der Ihnen von der Post gewährten Frist nicht abgeholt haben. Wir stellen Ihnen deshalb hiermit unser Schreiben vom 10. Februar 2021 durch die Luzerner Polizei noch einmal persönlich zu. Der guten Ordnung halber weisen wir darauf hin, dass durch diese erneute Zustellung kein neuer Lauf der Beschwerdefrist ausgelöst wird.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Roger Harstall
Kantonsarzt

Dienststelle Gesundheit und Sport

Meyerstrasse 20
Postfach 3439
6002 Luzern
Telefon +41 41 228 60 90
gesundheit@lu.ch
www.gesundheit.lu.ch

Einschreiben - Persönlich

Dr. med. Andreas Heisler
Rontalpraxis
Bahnhofstrasse 2
6030 Ebikon

Luzern, 10. Februar 2021

Berufsausübungsbewilligung als Arzt im Kanton Luzern
- Eröffnung aufsichtsrechtliches Verfahren (Einladung zur Stellungnahme)
- vorsorglicher Entzug der Bewilligung (Entscheid)

Sehr geehrter Herr Dr. Heisler

Hiermit teilen wir Ihnen Folgendes mit:

1. a) Im Nachgang zu einer Medienberichterstattung, wonach Sie ohne ärztlichen Untersuchung nur auf telefonische Rückfrage hin, Personen Dispense von der Maskentragpflicht im öffentlichen Verkehr (Art. 3a Covid-19-Verordnung besondere Lage [SR 818.101.26]) ausstellen und auch in Ihrer Praxis in Ebikon von einer Maskenpflicht für sich und Ihr Personal absehen würden (vgl. Beilage), wurden Sie von der Dienststelle Gesundheit am 9. September 2020 (vgl. Beilage) darauf hingewiesen, dass Sie als Arzt mit Berufsausübungsbewilligung Ihre Tätigkeit sorgfältig und gewissenhaft ausüben haben (Art. 40 Bst. a Medizinalberufegesetz [MedBG; SR 811.11]). Dies bedeutet auch, dass Sie sich an die für Ärztinnen und Ärzte geltenden Pflichten der gesamten Rechtsordnung zu halten haben (vgl. BG-Urteil 2C_901/2012 vom 30.1.2013 E. 3.3) - und zwar ungeachtet allfälliger abweichender persönlicher Überzeugungen.

Im Rahmen der bestehenden Covid-19-Epidemie sind Sie damit insbesondere verpflichtet,

- persönlich die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu Hygiene und Verhalten zu beachten (Art. 3 Covid-19-Verordnung besondere Lage);
- dafür zu sorgen, dass jede Person in ihrer Praxis eine Gesichtsmaske trägt – sofern diese nicht von den Ausnahmeregelungen in Abs. 2 erfasst ist (Art. 3b Abs. 1 Covid-19-Verordnung besondere Lage);
- ein Schutzkonzept für Ihre Arztpraxis mit Massnahmen betreffend Hygiene und Abstand vorzusehen; eine Unterschreitung des Abstands ist zulässig, wenn geeignete Schutzmassnahmen wie das Tragen einer Gesichtsmaske oder das Anbringen zweckmässiger Abschränkungen vorgesehen werden (Art. 4 Abs. 2 Bst. a Covid-19- und Anhang Verordnung besondere Lage);
- als Arbeitgeber zum Schutz der Arbeitnehmenden die Einhaltung der erforderlichen Präventionsmassnahmen zu gewährleisten, namentlich die Einhaltung der Maskenpflicht sowie dass Ihre Angestellten die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene

und Abstand einhalten können. Hierzu sind entsprechende Massnahmen vorzusehen und umzusetzen (Art. 10 Covid-19-Verordnung besondere Lage).

Im Nachgang zu Ihrer Stellungnahme vom 25. September 2020 haben wir Sie am 5. Oktober 2020 noch einmal auf diese Rechtslage hingewiesen und zur Einhaltung dieser Berufspflichten ermahnt (vgl. Beilage).

b) Bereits anlässlich der Kontrolle vom 17. November 2020 wurden in der Rontalpraxis von der WAS wira - Kantonale Industrie und Gewerbeaufsicht (KIGA) wesentliche Mängel bei der Umsetzung des erforderlichen Schutzkonzepts festgestellt und Sie als Arbeitgeber wurden angehalten, die Anordnungen unverzüglich umzusetzen (Art. 11 Abs. 4 der Covid-19-Verordnung besondere Lage). Anlässlich einer Nachkontrolle am 19. Januar 2021 hat die KIGA festgestellt, dass in Ihrer Praxis das für Arztpraxen notwendige Covid-19-Schutzkonzept bzw. die dadurch vorgegebenen Covid-19-Schutzmassnahmen weiterhin nicht eingehalten werden. Insbesondere würden Sie und Ihr Personal keine Masken tragen. Die KIGA hat deshalb Ihre Praxis per 20. Januar 2021 vorsorglich geschlossen bis 27. Januar 2021. Für die Einzelheiten wird auf die Verfügung von WAS wira vom 20. Januar 2021 verwiesen.

Anlässlich einer weiteren Kontrolle am 20. Januar 2021 konnte die Luzerner Polizei feststellen, dass Sie die Praxis trotz dieser vorsorglichen Anordnung der KIGA weiterhin für das Publikum geöffnet haben und sich somit nicht an die Schliessung halten. Zudem konnte auch von der Luzerner Polizei festgestellt werden, dass die vorgegebenen Schutzmassnahmen, namentlich die Maskenpflicht für Sie, Ihr Personal und die Patientinnen und Patienten weiterhin nicht eingehalten werden (vgl. Bericht Luzerner Polizei vom 21.1.2019).

c) Mit dieser wiederholten Nichteinhaltung der für die Bekämpfung der Covid-19-Epidemie in der Schweiz vorgeschriebenen Schutzmassnahmen verstossen Sie in schwerwiegender Weise gegen die Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung. Sie leisten damit der Weiterverbreitung von Covid-19 Vorschub und gefährden damit die Gesundheit der Patientinnen und Patienten und Ihrer Angestellten und damit letztlich auch der Öffentlichkeit.

Zudem stellt die fortdauernde Nichteinhaltung der Covid-19-Schutzmassnahmen trotz mehrmaliger Ermahnung und die Weiterführung des Betriebs trotz entsprechend gegenteiliger Anordnung durch die KIGA auch Ihre Vertrauenswürdigkeit und damit den Bestand Ihrer Berufsausübungsbewilligung als Arzt (Art. 36 Abs. 1b und 38 MedBG; BG-Urteil 2C_879/2013 vom 17.6.2014 E. 4.3) in Frage.

2. Wie ebenfalls den Medien entnommen werden konnte, verbreiteten Sie in der Weihnachtszeit in der Öffentlichkeit tatsachenwidrig die Information, dass ein Bewohner eines Pflegeheimes in Ebikon an den Folgen einer Covid-19-Impfung verstorben sein soll (vgl. Beilage).

a) Es entspricht nicht einer sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung (Art. 40 Bst. a MedBG), als Arzt solche Behauptungen ohne gesicherte Evidenz und über die Medien zu verbreiten. Grundsätzlich sind Sie als Arzt verpflichtet, Meldungen über vermutete unerwünschte Wirkungen und Vorkommnisse bei der Anwendung von Arzneimitteln dem Schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic zu melden (Art. 59 Abs. 3 Heilmittelgesetz [HMG; SR 812.21]). Es liegt dann an Swissmedic, die notwendigen Massnahmen zu treffen und gegebenenfalls die Bevölkerung zu informieren.

Da Sie mit Ihren unbelegten Aussagen bezüglich der Covid-19-Impfung der Bevölkerung eine nicht erwiesene Gefahr für Leib und Leben vorspiegeln und diese dadurch unbegründeterweise verängstigen, erwägen wir eine weitere Strafanzeige wegen mutmasslicher Verletzung von Art. 258 StGB «Schreckung der Bevölkerung».

b) Als Arzt mit Berufsausübungsbewilligung sind Sie zudem verpflichtet, das Berufsgeheimnis zu wahren (Art. 40 Bst. f MedBG). Zum Berufsgeheimnis gehören insbesondere die Personalien von Patienten und die Tatsache, dass sie sich bei Ihnen in Behandlung befinden. Das Aufgrund der von Ihnen verbreiteten Information (Name des Pflegeheimes, ungefähres Todesdatum) war es für Dritte ohne grosse Mühe möglich, die verstorbene Person zu identifizieren (z.B. über die in diesem Zeitraum publizierten Todesanzeigen). Es ist deshalb auch diesbezüglich von einer Pflichtverletzung auszugehen.

c) Insgesamt stellt auch hier Ihr Vorgehen wiederum Ihre Vertrauenswürdigkeit als Arzt grundsätzlich in Frage und damit den Bestand Ihrer Berufsausübungsbewilligung (Art. 36 Abs. 1b und 38 MedBG).

3. Wie in Ziffer 1 ausgeführt, haben Sie gegenüber den Medien ausgesagt, Dispense von der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr (Art. 3a Covid-19-Verordnung besondere Lage) auszustellen, ohne die gesuchstellenden Personen vorher ärztlich untersucht zu haben.

a) Dies widerspricht ebenfalls einer sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung (Art. 40 Bst. a MedBG) und stellt überdies erneut auch Ihre berufliche Vertrauenswürdigkeit und der Bestand Ihrer Berufsausübungsbewilligung in Frage (Art. 36 Abs. 1b MedBG). Inwieweit Sie sich dadurch wegen falschem ärztlichen Zeugnis (Art. 318 StGB) zusätzlich auch strafbar gemacht haben, wird momentan von den Strafuntersuchungsbehörden geklärt.

b) In der Zwischenzeit liegen uns die Personalien zahlreicher Personen vor, denen Sie Dispense von der Maskenpflicht in Betrieben und Einrichtungen sowie im öffentlichen Raum erteilt haben (vgl. Beilage). Bereits anhand des Wohnortes ist davon auszugehen, dass mindestens die Hälfte dieser Personen nicht zu ihren regulären Patientinnen und Patienten gehört, sondern sie einzig zur Erlangung eines Maskendispenses kontaktiert haben. Anzunehmen ist, dass sie auch hier sorgfaltswidrig ohne Untersuchung und Nachweis der medizinischen Indikation solche Bestätigungen ausgestellt und damit ihre Berufspflichten verletzt haben.

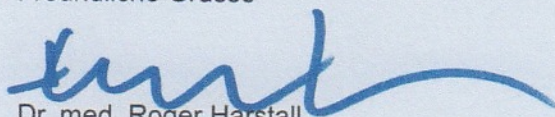
4. Die DIGE eröffnet deshalb wegen mutmasslicher mehrfacher, wiederholter und schwerwiegender Verletzung der gesetzlichen Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung (Art. 40 Bst. a MedBG) gegen Sie ein aufsichtsrechtliches Verfahren und wird entsprechende Disziplinar massnahmen (Busse, Berufsverbot etc.) prüfen (Art. 43 Abs. 1 MedBG). Aufgrund Ihres Verhaltens ist zudem davon auszugehen, dass Sie nicht mehr über die für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung erforderliche Vertrauenswürdigkeit (Art. 36 Abs. 1b MedBG) verfügen, weshalb wir zudem erwägen, Ihnen die Bewilligung als Arzt im Kanton Luzern zu entziehen (Art. 38 MedBG).

5. Hiermit geben wir Ihnen Gelegenheit, **innert 20 Tagen** zu den gegen Sie erhobenen Vorwürfen und den in Aussicht gestellten Massnahmen schriftlich Stellung zu nehmen (Stellungnahmen per E-Mail werden nicht akzeptiert). Gleichzeitig fordern wir Sie auf, uns innert der nämlichen Frist die vollständigen Patientenakten der Personen gemäss Liste im Anhang, denen Sie nach unserem Kenntnisstand einen Maskendispens ausgestellt haben, zukommen zu lassen. Weiter ist uns explizit für jede dieser Personen der konkrete medizinische Grund für den Maskendispens anzugeben, und inwieweit der Person durch das Maskentragen ein gesundheitlicher Schaden entstehen würde.

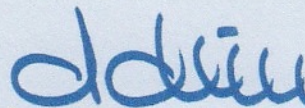
6. Um den Schutz der öffentlichen Gesundheit sowie jener der Patientinnen und Patienten und des Praxispersonals bereits während des aufsichtsrechtlichen Verfahrens sicherzustellen, wird Ihnen hiermit **mit sofortiger Wirkung die Berufsausübungsbewilligung als Arzt im Kanton Luzern vorsorglich entzogen** (§ 45 Verwaltungsrechtspflegegesetz [VRG]; Art. 43 Abs. 4 MedBG). Dies ist gerechtfertigt, weil Sie sich trotz mehrmaliger Ermahnungen und Kontrollen durch die zuständigen kantonalen Behörden beharrlich geweigert haben, die für

den Betrieb einer Arztpraxis erforderlichen Schutzmassnahmen für Patientinnen und Patienten und Ihr Personal umzusetzen, sowie gemäss eigenen Angaben Maskendispense ohne medizinische Indikation und damit sorgfaltswidrig ausstellen. Neben der Gesundheit dieser Personen gefährden Sie damit durch Ihr Verhalten auch generell die öffentliche Gesundheit. Der mit der Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung (Art. 40 Bst. a MedBG) und der Bewilligungsvoraussetzung der (beruflichen) Vertrauenswürdigkeit (Art. 36 Abs. 1 Bst. b MedBG) angestrebte Schutzzweck kann aufgrund Ihres konsequent uneinsichtigen Verhaltens nicht durch eine mildere Massnahme erreicht werden. Aus demselben Grund ist einer allfälligen Verwaltungsgerichtsbeschwerde die aufschiebende Wirkung zu entziehen (§ 131 Abs. 2 VRG). **Mit dem vorsorglichen Entzug der Berufsausübungsbe-
willigung ist es Ihnen ab sofort untersagt, im Kanton Luzern als Arzt tätig zu sein.** Dieses Verbot wird unter Hinweis auf Art. 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB) betreffend Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen erlassen, wonach mit Busse bestraft wird, wer der von einer zuständigen Behörde oder einem zuständigen Beamten unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn erlassenen Verfügung nicht Folge leistet.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Roger Harstall
Kantonsarzt



David Dürr
Dienststellenleiter

Rechtsmittelbelehrung

Dieser Brief ist ein Entscheid (§ 110 Abs. 3 VRG). Dagegen kann innert 30 Tagen seit dessen Zustellung beim Kantonsgericht, 4. Abteilung, Postfach 3569, 6002 Luzern, Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen. Sie hat einen Antrag und dessen Begründung zu enthalten. Einer allfälligen Beschwerde wird die aufschiebende Wirkung entzogen.

Beilagen:

- Blick-Online-Artikel vom 13. September 2020
- Online-Artikel Luzerner Zeitung vom 3. Januar 2021
- Schreiben DIGE vom 9. September 2020 und 5. Oktober 2020
- Verfügung was wira vom 20. Januar 2021
- Bericht Luzerner Polizei vom 21. Januar 2021
- Liste Personen mit Maskendispensen

Kopie:

- Kantonsapotheker
- Luzerner Polizei
- was wira KIGA


[News](#) | Coronavirus: Diese Ärzte stellen falsche Masken-Dispens aus

13.09.2020, 10:00 Uhr

BLICK entlarvt Corona-Skeptiker in Weiss

So schummeln Ärzte bei der Masken-Dispens

Corona-Skeptiker sträuben sich gegen die Maskenpflicht. Und bekommen selbst von Ärzten und Therapeuten Unterstützung, die ihnen eine Maskendispens ausstellen. Ohne Beschwerden. Am Laufband. Die Behörden sind ahnungslos.

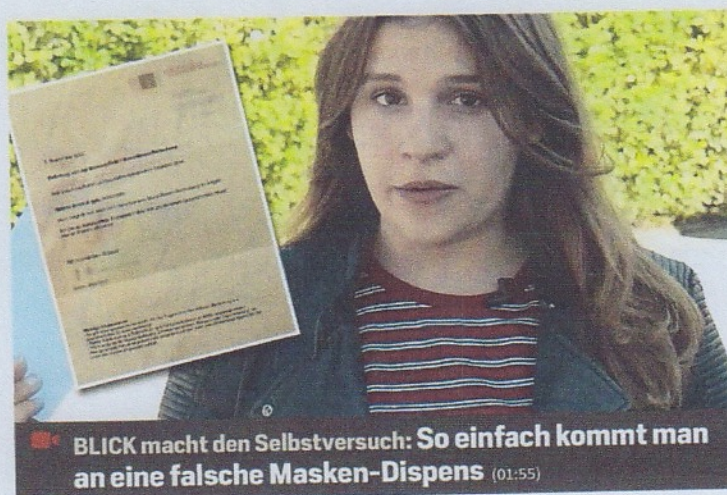
 Helena Schmid und Matthias Kempf



Therapeutin Marianne K. behandelt eigentlich Traumapatienten.

Im Kampf gegen die Pandemie ist die Maske für den Bund zu einem wichtigen Helfer geworden. Im öffentlichen Verkehr ist sie schweizweit Pflicht. Mehrere Kantone verlangen sie auch in Läden. Ihre wachsende Bedeutung ist den Corona-Skeptikern ein Dorn im Auge.

An Protesten und im Netz machen sie Stimmung gegen die Maskenpflicht. Jetzt erhalten sie sogar von Ärzten und Therapeuten Unterstützung: Diese stellen den Skeptikern Atteste aus, die sie von der Maskenpflicht entbinden.



Eine von ihnen ist Marianne K.* Die diplomierte Therapeutin führt eine Praxis in Frauenfeld TG. In der Szene der Skeptiker ist sie gut vernetzt. Über den Nachrichtendienst Telegram bietet sie an, eine Maskendispens auszustellen. Einfach so. Gesundheitliche Beschwerden sind kein Kriterium.

Therapeutin glaubt nicht an die Pandemie

BLICK hat den Test gemacht, die Therapeutin um ein Attest gebeten – und ihre Praxis unter dem Vorwand besucht, keine Maske tragen zu wollen.

An der Wand ihres Sprechzimmers hängt ein Flyer gegen die Maskenpflicht. Auf dem Tisch liegt eine Petition gegen den «Impfzwang». Marianne K. ist überzeugt, das Coronavirus sei eine weltweite Verschwörung.

Die Maske ist für sie ein Zeichen der Unterdrückung. Marianne K. fragt nach Name und Geburtsdatum, füllt das Attest aus, unterschreibt. Sie empfiehlt, als Grund ein «Geburtstrauma» anzugeben. Folgende Geschichte soll man auftischen, falls jemand frage: Man sei bei der Geburt fast gestorben. Durch die Enge im Mutterleib habe man Platzangst, könne nichts um Hals oder Gesicht tragen. Ansonsten werde man panisch, falle in Ohnmacht.



Dispens für 40 Franken

Das Bundesamt für Gesundheit nimmt «Personen, die aus besonderen Gründen, insbesondere medizinischen, keine Masken tragen können» von der Maskenpflicht aus.

Zu diesen «besonderen Gründen» zählt Marianne K. auch ein Geburtstrauma. Aktuell werde sie mit Anfragen überflutet. Im Halbstundentakt fülle sie Atteste aus. Kostenpunkt: je 40 Franken.

Dabei dürfte Marianne K. als Therapeutin gar keine Maskenatteste ausstellen. Die Kontrolleure und das Ladenpersonal können das im Einzelfall aber gar nicht wissen. «Wenn jemand ein Attest vorweist, müssen wir darauf vertrauen, dass das Zeugnis seine Berechtigung hat», sagt Sonja Körkel, Sprecherin der Basler Verkehrsbetriebe.

Arzt stellt Zeugnis ohne Konsultation aus

Bei den SBB kontrolliert das Bahnpersonal lediglich, «ob das Attest Unterschrift und Stempel hat», wie sie auf Anfrage mitteilen.

Es gibt auch Ärzte, die missbräuchlich Maskenatteste ausstellen. Andreas Heisler aus Ebikon LU, Facharzt Allgemeine Innere Medizin, ist so einer. Unter Skeptikern wird er als Ansprechperson für Maskenatteste gehandelt.

Bei ihm genügt es, ein Mail mit Name, Adresse, Geburtsdatum und AHV-Nummer zu schicken. Das Attest schickt er dann kostenlos zu. Konsultation? Nicht nötig.

Atteste seien seine «ärztliche Pflicht»

Und er steht dazu. Denn Heisler glaubt nicht an die Wirksamkeit der Maskenpflicht. Im Gegenteil. «Für mich gibt es genug gute Studien, die sagen, dass Masken im öffentlichen Verkehr und in den Geschäften ausserhalb des Spitals eher schaden.»

Maskenatteste zu verteilen, auch ohne medizinischen Grund, sei seine Pflicht als Arzt. «Aus meiner ärztlichen Ethik heraus denke ich, dass ich das tun muss, um den Menschen zu helfen, und sie davor zu schützen, krank zu werden.»

Das findet auch eine Ärztin im Kanton Bern, die falsche Maskenatteste auf Mail-Anfrage ausstellt, wie die «SonntagsZeitung» berichtete.

Die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) ist wenig erfreut und stellt sich entschieden gegen das Vorgehen der beiden Kollegen. Der Berufsverband unterstütze die Maskenpflicht, so Sprecherin Charlotte Schweizer.

Behörden wissen von nichts

Heisler ist von seinem Vorgehen dennoch überzeugt. Dass er sich strafbar mache, sei ihm bewusst. «Die aktuelle gesetzliche Lage basiert auf einem Verfassungsbruch – das haben mir selbst Juristen bestätigt.»

Bisher kam er tatsächlich ohne Konsequenzen davon. Die zuständige Gesundheitsbehörde Luzern hat keine Kenntnis von seinen Machenschaften.

Auch Marianne K. ist dem Kanton Thurgau noch nicht aufgefallen. Obwohl sie gegen die Bestimmungen verstösst. Auf Anfrage wollte sie keine Stellung nehmen.

* Name geändert

Bei falschen Zeugnissen drohen Knast und Bussen

Der Arzt Andreas Heisler und die Therapeutin Marianne K. bewegen sich auf dünnem Eis. Das falsche Ausstellen von Maskendispensen ist in der Schweiz strafbar.

Als Arzt riskiert Heisler sogar eine Gefängnisstrafe. «Ein Arzt, der ohne medizinischen Grund ein Zeugnis ausstellt, kann mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden», sagt Evalotta Samuelsson, Expertin im Medizinrecht.

Über das Strafmass entscheiden würde in seinem Fall ein Gericht. Zudem könnte er seine Bewilligung verlieren.

Anders bei Marianne K.: «Als Therapeutin ist sie gar nicht befugt, eine Diagnose zu stellen. Entsprechend darf sie auch kein Maskenattest unterschreiben», so Samuelsson.

Tut sie dies dennoch, verstösst sie gegen gesundheitspolizeiliche Bestimmungen. Samuelsson: «Dafür kann ein Therapeut geahndet und gebüsst werden.»



Evalotta Samuelsson ist Expertin im Medizinrecht.

🕒 Publiziert: 11.09.2020, 23:39 Uhr 🔄 Zuletzt aktualisiert: 13.09.2020, 10:00 Uhr

Alle Kommentare

| [Einloggen und einen Kommentar schreiben...](#)

Kurt Müller

12.09.2020, 12:39 Uhr

Jedem dieser Querulanten in Weiss gehört die Zulassung entzogen und ein standesrechtliches Verfahren an den Hals gehängt.

👍 22 ⚡ 25 😊 1 😞 1 😡 0

Melden

Antworten

Rudolf Baumann

12.09.2020, 12:38 Uhr

Immer mehr tragen Masken und die Zahlen steigen trotzdem. Passt doch. Ein Witz das ganze Theater mit den Masken. Nur genügend Abstand hilft.

👍 33 ⚡ 13 😊 0 😞 1 😡 1

Melden

Antworten

Beat Züger

12.09.2020, 12:25 Uhr

Luzerner Zeitung

CORONA

Umstrittener Arzt verbreitete Meldung über vermeintlichen Impftoten aus Luzern – Altersheim beendet Zusammenarbeit

Der Arzt des fünf Tage nach der Covid-Impfung verstorbenen Heimbewohners aus Ebikon ist ein bekannter Corona-Skeptiker. Das Altersheim Höchweid hat die Zusammenarbeit mit ihm beendet.

03.01.2021, 09.34 Uhr

(jus) Die Nachricht sorgte am vergangenen Mittwoch für Wirbel: Eine Person aus dem Altersheim Höchweid in Ebikon ist gestorben, die fünf Tage zuvor eine Coronaimpfung erhalten hatte. Noch am selben Abend dementierte die Arzneimittelbehörde Swissmedic und hielt fest, dass ein Zusammenhang zwischen dem Tod und der Covid-19 Impfung aufgrund der Krankengeschichte und des Krankheitsverlaufs «höchst unwahrscheinlich» sei.

Nun zeigt ein Bericht der «Sonntagszeitung»: Der Arzt, der die Meldung über den Todesfall verbreitet hatte, ist ein bekannter Corona-Skeptiker. Er führt im Kanton Luzern eine Praxis und trat wiederholt an Demonstrationen als Redner auf, in denen er sich gegen die Covid-Massnahmen des Bundesrates und die Maskenpflicht aussprach. Der Zeitung liegt ein Mail vor, in dem der Arzt Details aus der Krankenakte seines Patienten bekanntgibt. Demnach habe

der Heimbewohner zwei Tage nach der Impfung an Heiligabend über Schmerzen in der Harnröhre und im Bauch geklagt. Nachdem der Patient am Sonntag darauf noch untersucht wurde, verstarb er zwei Tage später. Gemäss der Sonntagszeitung kritisieren Berufskollegen öffentlich das Vorgehen des Luzerner Hausarztes, weil er womöglich Symptome eines Harnwegsinfekts mit Urosepsis übersah und nicht mit Antibiotika behandelte.

Weder der Hausarzt noch das Luzerner Gesundheitsamt wollten sich auf Anfrage der Zeitung zum Fall äussern. Klar ist hingegen: Das Altersheim Höchweid beendete die Zusammenarbeit mit dem Luzerner Arzt bereits im Sommer wegen Differenzen zu den Corona-Schutzmassnahmen. Der Vertrag lief zwei Tage nach dem Todesfall des Patienten aus.

Mehr zum Thema:

Ebikon Coronavirus Impfung Kanton Luzern Luzern
Medizinische Geräte Todesfall

Die Redaktion empfiehlt



Luzerner Arzt hat an Demonstration Corona-Massnahmen des Bundes kritisiert – ganze Belegschaft hat gekündigt

20.09.2020



CORONAVIRUS

Todesfall nach Coronaimpfung in Luzern – Zusammenhang gemäss Swissmedic «höchst unwahrscheinlich»

Salome Erni, Christoph Bopp und Andreas Möckli · 30.12.2020

Copyright © Luzerner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Luzerner Zeitung ist nicht gestattet.

Rentalpraxis
Dr. med. Andreas Heisler
Bahnhofstrasse 2
6030 Ebikon

Ges.-Nr. IGA.20.3047
Kontakt Andreas Hunkeler
Telefon +41 41 209 14 50
E-Mail andreas.hunkeler@was-luzern.ch

Ort, Datum Luzern, 20 Januar 2021

Verfügung

Schliessung wegen Nichteinhaltens der Covid-19-Verordnung besondere Lage (SR 818.101.26) sowie wegen Verstoss gegen das Arbeitsgesetz (SR 822.11)

Rentalpraxis, Bahnhofstrasse 2, 6030 Ebikon

Sehr geehrter Herr Heisler

Sachverhalt

1. Das Arbeitsinspektorat von WAS wira Luzern hat bei Ihnen in der Rentalpraxis, Bahnhofstrasse 2, 6030 Ebikon am 17. November 2020 erstmals gestützt auf die Covid-19-Verordnung besondere Lage (SR 818.101.26) eine Kontrolle durchgeführt.

Dabei wurden wesentliche Mängel bei der Umsetzung des erforderlichen Schutzkonzepts festgestellt und Sie als Arbeitgeber wurden angewiesen folgende Anordnungen unverzüglich umzusetzen:

- Überarbeitung des betrieblichen Schutzkonzeptes
 - Beschilderung/Information der Patienten bezüglich Maskentragepflicht
 - Verbesserung der Einhaltung der Abstandsregel
 - Einhaltung der Maskentragepflicht
2. Anlässlich der Nachkontrolle durch das Arbeitsinspektorat vom 19. Januar 2021 stellten dieses erneut fest, dass die Schutzmassnahmen gemäss Covid-19-Verordnung besondere Lage nicht in genügender Weise umgesetzt werden. Dabei wurde in der Rentalpraxis erneut die Maskentragepflicht sowie die Einhaltung der vorgeschriebenen Abstandsregeln missachtet.
 3. Daher wurde durch das Arbeitsinspektorat noch am selben Tag, im Sinne einer vorsorglichen Massnahme, die sofortige Schliessung des Betriebs zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmenden per 20. Januar 2020 angeordnet.

Begründung

1. Nach Art. 3 Covid-19 Verordnung besondere Lage hat jede Person die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu Hygiene und Verhalten in der Covid-19-Epidemie zu beachten.
2. Nach Art. 3b Abs. 1 der Covid-19-Verordnung besondere Lage muss jede Person in öffentlich zugänglichen Innenräumen und Aussenbereichen von Einrichtungen und Betrieben eine Gesichtsmaske tragen – sofern diese nicht von den Ausnahmeregelungen in Abs. 2 erfasst sind.
 - 2.1. Gemäss Art. 4 Abs. 1 und 2 der Covid-19-Verordnung besondere Lage müssen Betreiber von öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben, einschliesslich Bildungseinrichtungen, sowie Organisatoren von Veranstaltungen ein Schutzkonzept erarbeiten und umsetzen, das für die Einrichtung, den Betrieb oder die Veranstaltung Massnahmen betreffend Hygiene und Abstand vorsieht. Das Schutzkonzept muss Massnahmen vorsehen, welche die Einhaltung der Maskentragpflicht nach Artikel 3b gewährleisten (Art. 4 Abs. 2 lit. b).
 - 2.2. Art. 10 Abs. 1 der Covid-19-Verordnung besondere Lage gibt weiter vor, dass Arbeitgeber gewährleisten müssen, dass die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene und Abstand einhalten können. Hierzu sind entsprechende Massnahmen vorzusehen und umzusetzen. In Innenräumen, einschliesslich Fahrzeugen, in denen sich mehr als eine Person aufhält, muss jede Person eine Gesichtsmaske tragen.
 - 2.3. Bereits anlässlich der Kontrolle vom 17. November 2020 wurden in der Rontalpraxis wesentliche Mängel bei der Umsetzung des erforderlichen Schutzkonzepts festgestellt und der Arbeitgeber wurde in Anwendung von Art. 11 Abs. 4 der Covid-19-Verordnung besondere Lage angehalten, die Anordnungen unverzüglich umzusetzen.
 - 2.4. Das Art. 11 Abs. 1 der Covid-19-Verordnung besondere Lage zuständige Arbeitsinspektorat hat anlässlich der Nachkontrolle vom 19. Januar 2021 erneut festgestellt, dass insbesondere die Schutz- und Präventionsmassnahmen nach Art. 3b sowie 10 der Covid-19-Verordnung besondere Lage (Maskentragpflicht) bei der Rontalpraxis nicht umgesetzt wurden. Art. 10 der Verordnung verpflichtet den Arbeitgeber zur Umsetzung von Präventionsmassnahmen zum Schutz von Arbeitnehmenden.
3. Stellt das zuständige Arbeitsinspektorat fest, dass kein ausreichendes Schutzkonzept vorliegt oder dieses nicht oder nicht vollständig umgesetzt wird, so treffen sie umgehend die geeigneten Massnahmen. Sie können Mahnungen aussprechen, Einrichtungen oder Betriebe schliessen oder Veranstaltungen verbieten oder auflösen (Art. 9 Abs. 2 Covid-19-Verordnung besondere Lage).

Die erste Kontrolle am 17. November 2020 und die damals auferlegten Anordnungen haben, wie bei der Nachkontrolle vom 20. Januar 2021 festgestellt wurde, keine Wirkung gezeigt. Es ist nicht davon auszugehen, dass eine weitere Mahnung zur Behebung der Mängel führen wird. Unter Einbezug der zwei durchgeführten Kontrolle wird die Rontalpraxis als ultima ratio durch das Arbeitsinspektorat per 20. Januar 2021 geschlossen.

4. Weiter ist nebst der Covid-19-Verordnung besondere Lage ebenfalls auf die Pflichten des Arbeitgebers nach Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]; SR 822.11) hinzuweisen. Gemäss Art. 6 Abs. 1 ist der Arbeitgeber verpflichtet, zum Schutze der Gesundheit der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig,

nach dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen sind. Er hat im Weiteren die erforderlichen Massnahmen zum Schutze der persönlichen Integrität der Arbeitnehmer vorzusehen. Der Arbeitgeber hat insbesondere die betrieblichen Einrichtungen und den Arbeitsablauf so zu gestalten, dass Gesundheitsgefährdungen und Überbeanspruchungen der Arbeitnehmer nach Möglichkeit vermieden werden (Abs. 2). Für den Gesundheitsschutz hat der Arbeitgeber die Arbeitnehmer zur Mitwirkung heranzuziehen. Diese sind verpflichtet, den Arbeitgeber in der Durchführung der Vorschriften über den Gesundheitsschutz zu unterstützen (Abs.3).

- 4.1. Werden Vorschriften des Arbeitsgesetzes nicht befolgt, so macht die kantonale Behörde den Fehlern darauf aufmerksam und verlangt die Einhaltung der nicht befolgten Vorschrift. Leistet der Fehlere dem Verlangen keine Folge, so erlässt die kantonale Behörde eine entsprechende Verfügung, verbunden mit der Strafandrohung des Artikels 292 des Strafgesetzbuches (Art. 51 Abs. 1 und 2 ArG).
- 4.2. Art. 52 Abs. 1 ArG hält zudem fest, dass wenn eine Verfügung im Sinne von Artikel 51 Absatz 2 missachtet wird, die kantonale Behörde die zur Herbeiführung des rechtmässigen Zustandes erforderlichen Massnahmen. Werden Leben oder Gesundheit von Arbeitnehmern oder die Umgebung des Betriebes durch die Missachtung einer Verfügung im Sinne von Artikel 51 Absatz 2 erheblich gefährdet, so kann die kantonale Behörde nach vorheriger schriftlicher Androhung die Benützung von Räumen oder Einrichtungen verhindern und in besonders schweren Fällen den Betrieb für eine bestimmte Zeit schliessen (Art. 52 Abs. 2 ArG).
- 4.3. Auch das Arbeitsgesetz verpflichtet die Rontalpraxis im Grundsatz – und nicht nur während einer Epidemie – für die Gesundheit der Arbeitnehmenden zu sorgen und alle Massnahmen zu treffen, die nach Erfahrung notwendig und den Verhältnissen angemessen sind. Die Rontalpraxis hat die vom Arbeitsinspektorat am 17. November 2020 auferlegten Anordnungen nicht in genügender Weise umgesetzt, was sich bei der Nachkontrolle vom 19. Januar 2021 gezeigt hat. Die Missachtung der geltenden Massnahmen stellt eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit von Arbeitnehmenden dar und rechtfertigt folglich die Schliessung des Betriebes. Die Ankündigung der Schliessung per 20. Januar 2021 wurde vorgängig, am 19. Januar 2021 schriftlich angekündigt.
5. Die Schliessung wird bis und mit 27. Januar 2021 befristet. Anschliessend ist gegenüber dem Arbeitsinspektorat ein Nachweis geeigneter Massnahmen zur Behebung der Mängel zu erbringen. Werden die Massnahmen im Anschluss der Schliessung der Rontalpraxis erneut missachtet, müsste die Betriebsschliessung bis zur Aufhebung der Covid-19-Verordnung besondere Lage verfügt werden.
6. Nach § 131 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG; SRL 40) kann der Verwaltungsbeschwerde und der Verwaltungsgerichtsbeschwerde die aufschiebende Wirkung entzogen werden.

Die Bekämpfung der Covid-19-Epidemie stellt ein gewichtiger Grund dar, um die aufschiebende Wirkung zu entziehen. In diesem Sinn bestimmt Art. 11 Abs. 4 der Covid-19-Verordnung besondere Lage, dass die Anordnungen der zuständigen Vollzugsbehörden bei deren Kontrollen vor Ort unverzüglich umzusetzen sind. Einer Beschwerde gegen diese Verfügung wird daher die aufschiebende Wirkung entzogen, da der Schutz bestehender (und künftiger) Mitarbeitenden sowie das öffentliche Interesse an der Bekämpfung der Covid-19-Epidemie das Interesse der Rontalpraxis an der Fortführung des Geschäftsbetriebs überwiegt.

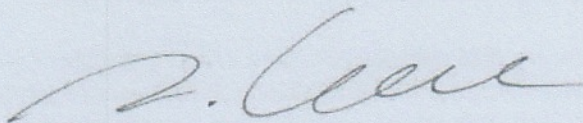
7. Gemäss § 198 Abs. 1 lit. a VRG hat, wer einen Entscheid durch sein Verhalten veranlasst, die amtlichen Kosten zu tragen. Nach § 2 Abs. 1 Ziff. 1 Gebührentarif und Kostenverordnung für die Staatsverwaltung (SRL 681) werden für Verfügungen von Dienststellen Gebühren von CHF 200 bis CHF 25'000.- erhoben. Die Gebühren für die Ausfertigung eines Entscheides betragen zusätzlich CHF 23.- pro Seite (§ 2 Abs. 1 Ziff. 2).

Die Gebühr für diese Verfügung wird daher auf CHF 750.- zuzüglich CHF 92.- für die Ausfertigung festgesetzt.

Entscheid

1. Die Vorsorglich angeordnete Massnahme vom 19. Januar 2021 wird aufgehoben.
2. Die Rontalpraxis, Bahnhofstrasse 2, 6030 Ebikon wird per sofort, 20. Januar 2021 bis und mit 27. Januar 2021 geschlossen.
3. Alle Arbeiten sind per 20. Januar 2021 bis und mit 27. Januar 2021 einzustellen und sämtliche Personen haben die Praxis zu verlassen.
4. Einer Beschwerde gegen diese Verfügung wird die aufschiebende Wirkung entzogen.
5. Dr.med. Andreas Heisler hat die Gebühren von total CHF 842.- innert 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung zu überweisen (Rechnung folgt mit separat per Post.)

Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, dass mit Busse bestraft wird, wer der von einer zuständigen Behörde oder einem zuständigen Beamten erlassene Verfügung nicht Folge leistet (Art. 292 StGB, SR 311.0). Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung werden zur Anzeige gebracht und strafrechtlich verfolgt.



Andreas Hunkeler
Leiter Kantonale Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA)

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Entscheid kann **innert 30 Tagen** seit Empfangsdatum beim Kantonsgericht Luzern, 4. Abteilung, Obergrundstrasse 46, 6002 Luzern schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Sie ist in deutscher Sprache abzufassen und im Doppel einzureichen. Die angefochtene Verfügung ist beizulegen. Allfällige Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizufügen.

Kopie an

- Kanton Luzern, Gesundheits- und Sozialdepartement
- Kanton Luzern, Dienststelle Gesundheit und Sport (DIGE)
- WAS Wirtschaft Arbeit Soziales, Personal und Dienste, Kommunikation

Empfangsbestätigung

Ich _____

bestätige hiermit, die Verfügung betreffend Schliessung wegen Nichteinhaltens der Covid-19-Verordnung besondere Lage (SR 818.101.26) sowie wegen Verstoss gegen das Arbeitsgesetz (SR 822.11) der Rontalpraxis, Bahnhofstrasse 2, 6030 Ebikon,

am _____ um _____
in Ebikon gegengenommen zu haben.

Unterschrift _____

Dienststelle Gesundheit und Sport

Meyerstrasse 20
Postfach 3439
6002 Luzern
Telefon +41 41 228 60 90
gesundheit@lu.ch
www.gesundheit.lu.ch

Rontalpraxis
Herr
Dr. med. Andreas Heisler
Bahnhofstrasse 2
6030 Ebikon

Luzern, 5. Oktober 2020 ISC

COVID-19-Schutzkonzept

Sehr geehrter Herr Dr. Heisler

Wir bestätigen Ihnen hiermit den Erhalt Ihrer Stellungnahme vom 25. September 2020 und des dieser beiliegenden COVID-19-Schutzkonzepts für die Rontalpraxis (Stand: 11.9.2020).

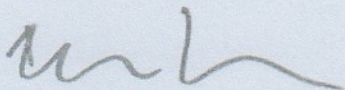
Ihre Ausführungen zur COVID-19-Pandemie nehmen wir zur Kenntnis. Wie Ihnen bereits in unserem Schreiben vom 9. September 2020 mitgeteilt, haben Sie sich gleichwohl an die gesetzliche Berufspflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung und damit zur Einhaltung der vorgeschriebenen Schutzmassnahmen zu halten.

Das von Ihnen aufgelegte Covid-19-Schutzkonzept der Rontalpraxis erachten wir für ausreichend. Die Dienststelle Gesundheit und Sport behält sich vor, die praktische Umsetzung des Schutzkonzeptes in Ihrer Praxis durch die kantonale Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA) überprüfen zu lassen.

Was die personelle Besetzung Ihrer Praxis anbelangt, erachten wir diese mit einer ausgebildeten MPA und drei Lernenden für das Minimum des aktuell Vertretbaren. Um einen ordentlichen Praxis- und Ausbildungsbetrieb sicherzustellen und allfällige ferien- und krankheitsbedingte Ausfälle abfedern zu können, wäre aus unserer Sicht mittelfristig eine weitere ausgebildete MPA erforderlich.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Roger Harstall
Kantonsarzt



Dienststelle Gesundheit und Sport

Meyerstrasse 20
Postfach 3439
6002 Luzern
Telefon +41 41 228 60 90
gesundheit@lu.ch
www.gesundheit.lu.ch

A+

Dr. med. Andreas Heisler
Bahnhofstrasse 2
6030 Ebikon

Luzern, 9. September 2020

Covid-19: Hinweis auf ärztliche Berufspflichten

Sehr geehrter Herr Dr. Heisler

In einem auf der Video-Plattform «Youtube» einsehbaren Interview vom 27. August 2020 äussern Sie sich kritisch gegen die von Bund und Kantonen getroffenen Schutzmassnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Weiter lässt sich diesem Interview entnehmen, dass aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die erforderlichen Schutzvorkehrungen mittlerweile sämtliche Ihrer Angestellten (Ärztinnen und MPA) gekündigt haben, was zur Folge hatte, dass Ihre Praxis in Ebikon aktuell geschlossen ist (vgl. auch: Website der Rontalpraxis). Vor diesem Hintergrund sehen wir uns als Aufsichtsbehörde über die im Kanton Luzern tätigen Ärztinnen und Ärzte zu folgenden Hinweisen und Aufforderungen veranlasst:

Als Arzt mit Berufsausübungsbewilligung haben Sie Ihre Tätigkeit sorgfältig und gewissenhaft auszuüben (Art. 40 Bst. a MedBG). Dies bedeutet, dass Sie sich namentlich an die für Ärztinnen und Ärzte geltenden gesetzlichen Pflichten zu halten haben – und zwar ungeachtet allfälliger abweichender persönlicher Überzeugungen.

Im Rahmen der bestehenden Covid-19-Pandemie sind Sie insbesondere verpflichtet

- persönlich die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu Hygiene und Verhalten zu beachten (Art. 3 Covid-19-Verordnung besondere Lage);
- ein Schutzkonzept für Ihre Arztpraxis mit Massnahmen betreffend Hygiene und Abstand vorzusehen; eine Unterschreitung des Abstands ist zulässig, wenn geeignete Schutzmassnahmen wie das Tragen einer Gesichtsmaske oder das Anbringen zweckmässiger Abschränkungen vorgesehen werden (Art. 4 Abs. 2 Bst. a Covid-19- und Anhang Verordnung besondere Lage);
- als Arbeitgeber zu gewährleisten, dass Ihre Angestellten die Empfehlungen des BAG betreffend Hygiene und Abstand einhalten können. Hierzu sind entsprechende Massnahmen vorzusehen und umzusetzen (Art. 10 Abs. 1 Covid-19-Verordnung besondere Lage).

In Bezug auf das erforderliche Schutzkonzept ist dabei gemäss Praxis der Dienststelle Gesundheit und Sport (DIGE) grundsätzlich auf das jeweils aktuelle «Schutzkonzept der FMH zum Betrieb von Arztpraxen» abzustellen.

Weiter müssen Sie als Arzt über das Personal und die Einrichtungen verfügen, die nach den geltenden Grundsätzen ihres Berufs für die Erbringung ihrer Leistungen erforderlich sind (§ 7a Verordnung über die universitären Medizinalberufe). Der allfällige Betrieb einer Arztpraxis ohne Praxishilfspersonal erachten wir im Jahr 2020 als nicht mit den Grundsätzen einer sorgfältigen Berufsausübung vereinbar.

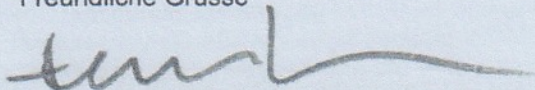
Wir weisen Sie hiermit darauf hin, dass die Verletzung dieser gesetzlichen Berufspflichten zu Disziplinar massnahmen bis zu einem Verbot der Berufsausübung (Art. 43 Abs. 1 MedBG) oder zu einem Entzug der Berufsausübungsbewilligung infolge Verlust der beruflichen Vertrauenswürdigkeit (Art. 38 i.V.m. Art. 36 Abs. 1 Bst. b MedBG) führen kann. **In diesem Sinne ermahnen wir Sie hiermit, sich fortan auch an die oben genannten gesetzlichen Vorgaben betreffend Covid-19 und den Betrieb einer Arztpraxis zu halten.**

Für den Fall der Wiederöffnung Ihrer Praxis in Ebikon (oder an einem anderen Ort im Kanton Luzern) fordern wir Sie hiermit auf, uns **vorgängig**

- ein Covid-19-Schutzkonzept für Ihre Praxis vorzulegen, das den geforderten Anforderungen entspricht; vorbehalten bleibt eine Inspektion der Praxis unsererseits (Art. 9 Abs. 1 Covid-19-Verordnung besondere Lage);
- ein Betriebskonzept aufzulegen, dass Auskunft gibt über Angebot, Öffnungszeiten, Personal, Räumlichkeiten und Einrichtungen der Praxis.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Roger Harstall
Kantonsarzt

Luzerner Polizei

Sachbearbeitung	Schauenburg Franziska		
Geschäfts Nr.	210121 021	Fall Nr.	LU 2021 1 1942
Rapport Nr.	1007623.1	Ripol Nr.	
Rapport Datum	23.01.2021		

Betrifft	Ausrückungsbericht
Bezug/Fall	Bericht allgemein
Ort	CH - 6030 Ebikon
Gemeinde	Ebikon LU
Strasse	Bahnhofstrasse 2
Datum/Zeit	Mi.. 20.01.2021, 08:13 Uhr bis Mi.. 20.01.2021, 09:00 Uhr

Fall Massnahme(n)

Massnahme 1	Kontrolle durch
Funktion als	Polizeifunktionäre
vor Ort (Zeit)	Mi.. 20.01.2021, 08:13 Uhr
Kontakt mit / zuständig	Fw mbV R. Schumacher / Pol F. Schauenburg
Erläuterungen	Kontrolle aller anwesenden Personen in der Rontalpraxis Ebikon

**Sachverhalt
Meldung**

Am Dienstag, den 19.01.2021, meldete sich Hunkeler Andreas, Bereichsleiter Kantonale Industrie und Gewerbeaufsicht (KIGA), schriftlich bei der Luzerner Polizei mit der Meldung, dass die Rontalpraxis an der Bahnhofstrasse 2 in Ebikon per Notverfügung geschlossen wird. Dies, weil sich die Praxis nicht an die vorgegebenen Covid-19 Massnahmen hielt. Es wurden unter anderem keine Masken getragen. Die Arbeitsinspektion hat die Rontalpraxis mit Wirkung ab 20.01.2021 geschlossen. Weiter bat Hunkeler Andreas um eine polizeiliche Kontrolle der Rontalpraxis am 20.01.2021, ob die Schliessung eingehalten werde.

Vor Ort

Beim Eintreffen der zivilen Patrouille (R. Schumacher / F. Schauenburg) konnte bereits vom Treppenhaus her Einsicht in die Praxis genommen werden. Dabei konnten drei Mitarbeiterinnen am Empfang ohne Hygienemasken festgestellt werden. Als sich die Patrouille für die Kontrolle in die Praxis begab, konnte der Betrieb der Praxis, trotz Schliessung, festgestellt werden. Sämtliche Mitarbeiter sowie ein Grossteil der Patientinnen und Patienten hielten sich in der Praxis ohne Hygienemaske auf.

Bild- und Tonaufnahmen durch Annemarie Heisler-Schwiter

Kurz nach Beginn der Kontrolle begab sich Annemarie Heisler-Schwiter zum Empfangstresen, auf welchem eine GoPro Kamera stand. Durch F. Schauenburg konnte beobachtet werden, wie Annemarie Heisler-Schwiter die GoPro Kamera zur Aufnahme betätigte. Darauf angesprochen beendete Annemarie Heisler-Schwiter die Aufnahme und händigte nach Aufforderung die Speicherkarte der Kamera an R. Schumacher aus.

Anwesende Mitarbeiter der Rontalpraxis

Folgende Mitarbeiter/innen waren zum Zeitpunkt der Kontrolle, vormittags, anwesend und trugen keine Hygienemaske:

- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]

Anwesende Patientinnen und Patienten

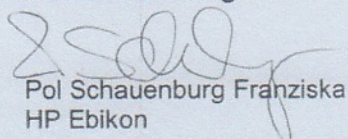
Folgende Patientinnen sowie Patienten waren zum Zeitpunkt der Kontrolle, vormittags, anwesend:

- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED]

Aushändigung der Verfügung an Dr. med. Andreas Heisler

Die durch die Kantonale Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA) erteilte Verfügung bezüglich der Schliessung wegen Nichteinhaltens der Covid-19-Verordnung besondere Lage (SR 818.101.26) sowie wegen Verstoss gegen das Arbeitsgesetz (SR822.11) für die Rontalpraxis, Bahnhofstrasse 2 in Ebikon konnte am 20.01.2021, um 17:08 Uhr, durch R. Schumacher und F. Schauenburg gegen Empfangsbestätigung an Dr. med. Andreas Heisler ausgehändigt werden.

Sachbearbeitung


Pol Schauenburg Franziska
HP Ebikon

Beilagen

- 1 Vorsorgliche Massnahme was/wira
- 1 Verfügung Schliessung Rontalpraxis

Sachbearbeitung
Geschäfts Nr.
Rapport Nr.
Rapport Datum

Schauenburg Franziska
210121 021
1007623.1
23.01.2021

Fall Nr. LU 2021 1 1942
Ripol Nr.

Verfügung

Luzerner Polizei
Akten archiviert

Betrifft

Bericht allgemein
Ausrückungsbericht

Ort
Gemeinde
Strasse
Zeit

CH - 6030 Ebikon
Ebikon LU
Bahnhofstrasse 2
Mi., 20.01.2021, 08:13 Uhr bis Mi., 20.01.2021, 09:00 Uhr

Original an
Bemerkung

Dienststelle Sport und Gesundheit
z.H. Roger Harstall

Datum: 25. JAN. 2021

Geprüft durch:

